

16.09.2004

Wolfgang Wieland, Spitzenkandidat für die Landtagswahl,
Prof. Gilbert Schönfelder, Toxikologe an der Charité und
Claudia Hämmerling, MdA, erklären:

Gewässerschutz statt Scheinsanierung der Wannsee-Deponie

Eigene Untersuchungen und ein unveröffentlichtes Gutachten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung belegen die ständig fortschreitende des Grundwassers und des Griebnitzsees durch die Deponie Wannsee. Das ist nicht verwunderlich, denn auf der Deponie wurden neben Haus- und Industrieabfällen auch 400.000 Kubikmeter Sonderabfälle wie Altöl, Perchloräthylen, Klärschlämme etc. gelagert. Es ist nicht nur eine 22fache Überschreitung der Grenzwerte für Arsen, sondern auch die Belastung des Grundwassers mit Insektiziden, Weichmachern, Medikamentenrückständen und anderen schädlichen Chemikalien festgestellt worden. Da der Senat keine Schutzmaßnahmen gegen die aus der Deponie ins Grundwasser fließenden Giftstoffe ergreift, sondern lediglich den Niederschlagseintrag in den Deponiekörper durch eine dicke Erd- und Lehmschicht mit starker Begrünung reduzieren will, wird die Grundwasservergiftung nur um ein Drittel reduziert.

Privatpersonen werden bestraft, wenn sie das Grundwasser vergiften. Dies sollte auch für Senat und BSR gelten, wenn sie mit fadenscheinigen Begründungen bestehende Gesetze umgehen. Die Bündnisgrünen fordern eine fachgerechte Sanierung der Deponie Wannsee, bei der die Giftstoffe durch Spundwände am Austreten ins Grundwasser gehindert werden. Das giftige Deponiesickerwasser muss abgepumpt und gereinigt werden. In anderen Städten, beispielsweise in Frankfurt am Main, werden alte Hausmülldeponien, die der Wannsee-Deponie gleichen, entsprechend saniert.

Diese Maßnahme ist problemlos aus den so genannten Deponierückstellungen zu finanzieren. Die BSR hat ca. 500 Millionen Euro aus den Müllgebühren angespart, mit denen die Berliner Deponien saniert werden sollen, die sich im Brandenburger Umland befinden. Für die Sanierung der Deponie Wannsee ist keine finanzielle Vorsorge getroffen worden, weil sie formalrechtlich keine Deponie sondern eine Altlast ist, obwohl sogar den Charakter einer Sondermülldeponie trägt.

Von den Deponierückstellungen sollen jetzt 200 Mio. an die GebührenzahlerInnen zurückgegeben werden, weil sie für die Sanierung der Brandenburger Deponien nicht nötig sind. Das ist der falsche Weg. Wir fordern statt dessen, dass hieraus die nötigen Mittel für die Sanierung der Wannsee-Deponie bereitgestellt werden. Weiteres Verzögern erhöht künftige Sanierungskosten und belastet den Griebnitzsee und das Grundwasser.